

Michael Beleites

30 Jahre „Pechblende“

Entstehung und Wirkung einer Unterschrift zu den Folgen des Uranbergbaus

Gera, am 10. Oktober 2018

Als im Juni 1988 die im Selbstdruck hergestellte Unterschrift „Pechblende“ fertiggestellt war, glich ihr „Erscheinen“ einer Sensation: Eine 40-jährige Geheimhaltung zu den Hintergründen des gigantischen sowjetisch-deutschen Uranbergbauprojekts „Wismut“ wurde gebrochen. Nicht von staatlicher Seite, nicht von den westlichen Medien – sondern von einer kleinen kirchlichen Umweltinitiative in der DDR; recherchiert, geschrieben und gedruckt von einem damals 23-jährigen Autor aus Gera. Die gut 60-seitige Dokumentation über die Folgen des Uranbergbaus in der DDR löste sowohl eine breite Resonanz in der westdeutschen Presse aus als auch heftige Reaktionen des SED-Staates und der Stasi. Wie es dazu kam und welche Wirkungen diese Schrift hatte, sei im Folgenden dargelegt.

Mit der Debatte um die Tschernobyl-Folgen war klar geworden, dass auch die sogenannte Niedrigdosisstrahlung zu langfristigen Gesundheitsschäden führen kann. Wenn dies im Zusammenhang mit den über Tausend Kilometer von der Ukraine entfernt aufgetretenen radioaktiven Niederschlägen aus den Tschernobyl-Wolken eine Rolle spielte, dann lag es unabweisbar auf der Hand, dass diese Thematik auch im Umfeld des hiesigen Uranbergbaus akut sein musste. Aber wie sollte man an hier genaue Informationen kommen? Und wer sollte das machen? Wenn die Hallenser die Karbidindustrie der BUNA-Werke thematisierten, die Röthaer die Abgase von Espenhain, die Dresdner die Verseuchung der Elbe und die Altenburger die Teerseen von Rositz – dann musste sich wohl jemand aus Gera den Wismut-Komplex vornehmen. Mehr und mehr spürte ich, dass ich dieser Jemand sein sollte. Zunächst hielt ich das für eine viel zu große Last. Doch nach den ersten vorsichtigen Rechenschritten hatte ich den Eindruck, dass diese Aufgabe machbar und realistisch war und ich diese Herausforderung annehmen könnte.

Dass der Uranbergbau in Sachsen und Thüringen nicht nur eine gewaltige Landschaftszerstörung darstellte, sondern auch mit enormen Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen verbunden sein musste, drang erst 1986 in das Bewusstsein der kritischen Umweltinitiativen in der DDR. Mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl war klar geworden, dass radioaktive Umweltbelastungen auch im Niedrigdosisbereich zu langfristigen Umwelt- und Gesundheitsrisiken führen können. Da ich als Angehöriger überregionaler Umweltinitiativen in einer an das Uranbergbaug Gebiet unmittelbar angrenzenden

Stadt wohnte – nämlich in Gera –, sah ich mich herausgefordert, zu den vom Uranbergbau ausgehenden Umwelt- und Gesundheitsgefahren eine kritische Öffentlichkeit herzustellen.

Seit seinem Bestehen war das sowjetisch-deutsche Uranbergbauunternehmen „Wismut“ wegen seiner militärischen Bedeutung als Rohstofflieferant für die sowjetische Atomwaffenherstellung ein absolutes Tabu-Thema. Deshalb waren zunächst keinerlei Informationen zugänglich, an die man für eine ökologische Situationsanalyse anknüpfen konnte. Das allmähliche Zusammentragen von Fakten verfolgte ich auf drei Ebenen parallel: Zum einen habe ich die Wismut-Anlagen selbst in Augenschein genommen – soweit man irgendwie herankam – und mit Beschäftigten und Anwohnern über die Situation gesprochen. Zum anderen habe ich internationale Fachliteratur über die grundlegenden technologischen Prozesse der Urangewinnung und die damit zwangsläufig zusammenhängenden gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen gelesen. Die dritte Ebene bestand darin, Mitarbeiter von Umweltbehörden, die mit Wismut-Emissionen zu tun hatten, vorsichtig aber gezielt nach Einzelheiten zu befragen.

Die erste westliche Fachliteratur zur Uranbergbau-Problematik erhielt ich von dem Physiker Ernst Müller aus Freiburg/Breisgau auf folgenden Wege: Er hatte die Texte zu Hause fotografisch reproduziert und die belichteten noch nicht entwickelten Filme wieder in die Originalverpackung eingeklebt – und so einer Bekannten, die mit einer Reisegruppe in die DDR kam, mit nach Gera gegeben. Ich habe dann die Filme entwickelt und fotografische Abzüge von den einzelnen Textseiten gefertigt. Anknüpfend an die in den dortigen Literaturverzeichnissen angegebenen Arbeiten konnte ich dann in der Deutschen Bücherei in Leipzig die gezielte Literaturrecherche zum Thema fortsetzen.

Für die Gespräche mit den Behördenvertretern war es nützlich, dass ich Ende 1986 / Anfang 1987 in Gera den Versuch unternommen hatte, eine Umweltgruppe bei der Gesellschaft für Natur und Umwelt des Kulturbundes zu installieren. Die Kulturbundfunktionäre ahnten nichts „Gefährliches“ und machten mich sogleich zum Leiter der neugegründeten „Interessengemeinschaft Umweltschutz“. Damit war ich automatisch zusammen mit den Vorsitzenden der bestehenden Naturkundlichen Fachgruppen „Mitglied des Kreisvorstands der Gesellschaft für Natur und Umwelt“. In dem halben Jahr (Anfang 1987) als dies geduldet wurde, konnte ich in dieser Eigenschaft zu Umweltbehörden gehen und sagen: ‚Wir wollen der Gerüchtebildung zur Umweltsituation bei der Wismut entgegenwirken, brauchen dazu aber ein paar konkrete Informationen über die Art und die Größenordnung des Problems.‘ In der Regel waren die Behördenvertreter auch dann höchst zurückhaltend. Einige wenige waren aber sehr gesprächig und auch zu weiteren Gesprächen bereit. So konnte ich, auch als ich dem Kulturbund nicht mehr angehörte, monatelang aktuelle Interna über die Umweltsituation im Umfeld der Wismut erfahren.

Die Frage war nun, auf welche Weise die zusammengetragenen Informationen publik gemacht werden sollten. Um darüber zu beraten, hatte ich verschiedene Vertreter von kirchlichen Umweltinitiativen, ehemalige Wismut-Beschäftigte und kritische Fachleute zu einem Seminar eingeladen, das im März 1987 beim evangelischen Kreisjugendpfarrer von Zeitz, Jörg Franke, im Zangenberger Pfarrhaus stattfand. Wir kamen dort allerdings zu keinem konkreten Ergebnis, außer zu dem, dass ich gebeten wurde, die zusammengetragenen Fakten zu einer Dokumentation zusammenzustellen. Ermutigt und unterstützt durch Sebastian Pflugbeil, begann ich mit meiner Arbeit an der Dokumentation „Pechblende“ und überlegte, wie darüber hinaus eine größere Öffentlichkeit zu der Uranbergbauproblematik hergestellt werden könnte. Auf verschiedene Weise habe ich das dann auch versucht.



Sowjetisch-deutsches Jugendtreffen in Gera: Aus dem Plan, die Wismut als Umwelt-Thema bereits im Sommer 1987 publik zu machen, wurde nichts.

Zunächst dachte ich, meine Kulturbund-Funktion könnte dazu nützlich sein. Zu Pfingsten 1987 sollte das obligatorische DDR-weite Pfingsttreffen der FDJ als „Freundschaftstreffen“ mit dem „Komsomol“ (der kommunistischen Jugendorganisation der Sowjetunion) in Gera stattfinden. Erich Honecker und Michail Gorbatschow waren dazu nach Gera eingeladen – letztlich kam aber keiner von beiden. Zunächst sah alles so aus, als würde zu Pfingsten 1987 Gera im Mittelpunkt des internationalen Medieninteresses stehen. Um das Thema der Folgen des sowjetisch-deutschen Uranbergbaus aus dem sowjetisch-deutschen Jugendtreffen heraus „platzen zu lassen“, versuchte ich eine vom Kulturbund veranstaltete umweltpolitische Podiumsdiskussion für den 4. Juni 1987 zu

organisieren und bemühte mich darum, diese im Veranstaltungsplan des kommunistischen Jugendtreffens unterzubringen. Der zuständige FDJ-Funktionär war anfangs ausgesprochen interessiert, dann sehr abweisend. Meinen Plan, die Uranbergbaufolgen in der Form eines öffentlichkeitswirksamen Eklats zu thematisieren, hatte die Staatssicherheit nicht durchschaut – allein die Tatsache, dass sich eine „OV-Person“ mit einem Beitrag zum offiziellen Weltumwelttag an dem FDJ-Pfingsttreffen beteiligen wollte, war ihr höchst verdächtig. Die Geraer Staatssicherheit schrieb dazu vier Wochen später: *„Durch politisch-operative Einflußnahme wurde das Vorhaben abgelehnt.“*¹

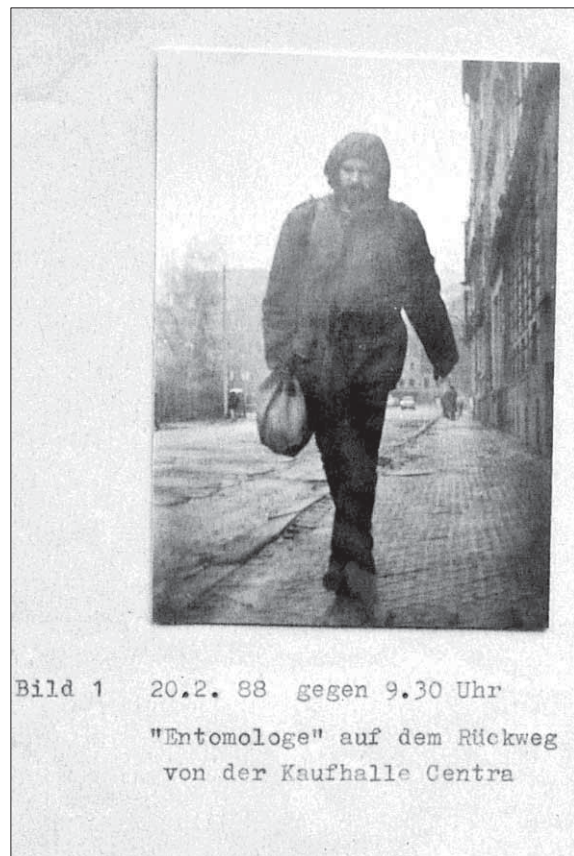
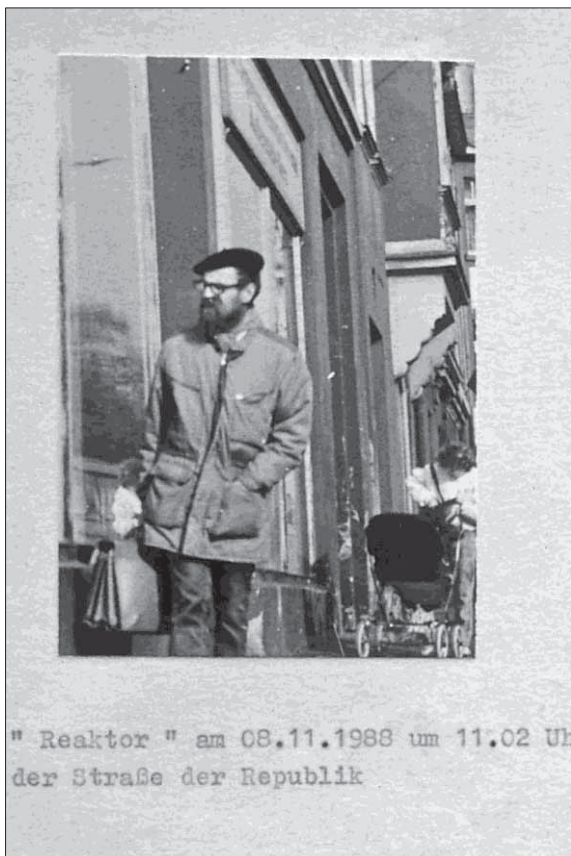
Nach diesem Erlebnis, dachte ich, dass man vielleicht viel direkter den Weg über die westlichen Medien suchen sollte. Gerade war im ARD-Magazin „Kontraste“ ein Beitrag über die Bitterfelder Chemie-Region erschienen – unter Verwendung von Video-Aufnahmen, die Angehörige einer Ost-Berliner Umweltgruppe zusammen mit Mitstreitern aus Bitterfeld gemacht hatten. So lieh ich mir deren Video-Kamera aus und filmte – größtenteils mit versteckter Kamera – eine Vielzahl von Wismut-Anlagen, von denen eine Umweltgefährdung ausging. Da die Kontraste-Redaktion mit der Ausstrahlung ihres Uran-Beitrags, d. h. meiner Aufnahmen, nicht warten wollte, bis die Studie „Pechblende“ fertiggestellt war, gab ich – um unerkant zu bleiben – nur solche Aufnahmen frei, die jeder Fremde auch von der Straße aus hätte filmen können. Am 4. November 1987 wurde dann in dem ARD-Magazin „Kontraste“ eine sensationell aufgemachte, aber fachlich angreifbare Sendung zu den Umwelt- und Gesundheitsgefahren im ostdeutschen Uranbergbauggebiet ausgestrahlt. Ich hatte nun zwar erreicht, dass die Problematik der Umweltschäden im Uranbergbau endlich ein populäres Thema wurde. Doch durch die oberflächliche und zum Teil falsche Darstellung in dieser Fernsehsendung (z. B. über angeblich strahleninduzierten Haarausfall bei Wismut-Anwohnern) hatten die DDR-Offiziellen einen Vorwand, die jetzt hergestellte kritische Öffentlichkeit als „westliche Panikmache“ zu diffamieren.

Eigentlich wollte ich mit dem Uranbergbau-Thema erst an die Öffentlichkeit gehen, wenn meine Studie „Pechblende“ gedruckt war. Bereits im Herbst 1987 war sie als Manuskript fertig, doch die technischen Schwierigkeiten ihres Drucks waren so groß, dass sie schließlich erst Ende Mai 1988 fertiggestellt werden konnte. Nach einigem Überlegen sagte ich jedoch zu, auf der ersten Vollversammlung der Ökumenischen Versammlung der DDR-Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung am 13. Februar 1988 in Dresden einen öffentlichen Kurzvortrag zum Uranbergbau-Thema als „Zeugnis der Betroffenheit“ zu halten. Dieser Beitrag wurde dann auch von einigen westlichen Tageszeitungen aufgegriffen und in verschiedenen Radiosendungen wurde sogar der vollständige Wortlaut gesendet.

Nachdem uns Angehörige der Ärzteinitiative IPPNW aus der Bundesrepublik mit Wachsmatrizen und Druckerschwärze ausgeholfen hatten, konnte der Druck der „Pechblende“ beginnen. Den größten Teil habe ich dann mit Unterstützung von

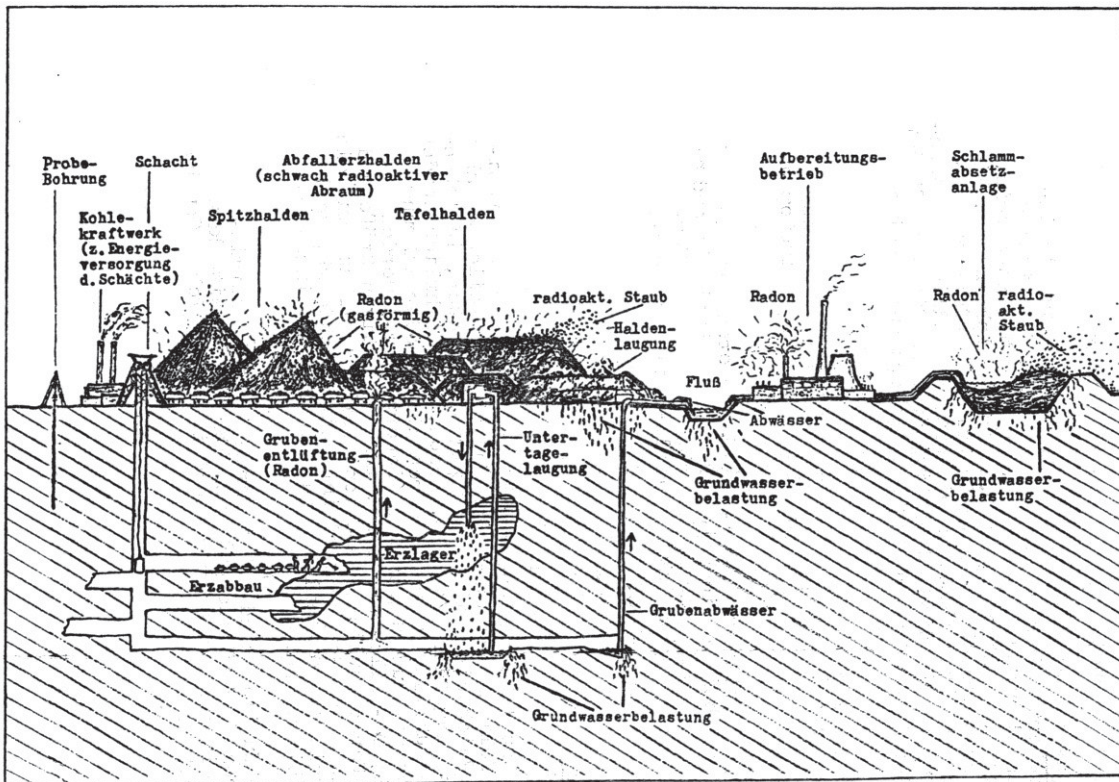
¹ Aus dem Bericht zum OV „Entomologe“ der Kreisdienststelle Gera des MfS vom 6. Juli 1987.

Thomas Welz im Keller der Samaritergemeinde in Ost-Berlin an einer mit Handkurbel zu betreibenden Wachsmatrizen-Druckmaschine selbst gedruckt. Das Drucken der 1000 Exemplare der 60seitigen Studie hat eine Woche gedauert. Dann folgte die Arbeit des Legens und Heftens. Ab Anfang Juni 1988 haben das Kirchliche Forschungsheim in Wittenberg und der kirchliche Arbeitskreis „Ärzte für den Frieden“ in Berlin, die die Herausgeberschaft übernommen hatten, und ich die Dokumentation verteilt – größtenteils per Post einzeln verschickt. Vorher hatten wir Exemplare an Vertreter der Kirchenleitungen und an westliche Journalisten verteilt. Die Staatssicherheit hat zwar gewusst, dass ich an dem Wismut-Thema arbeite, doch von meiner Studie „Pechblende“ hat sie zuerst aus der Frankfurter Rundschau erfahren. Genau dies hatte ich beabsichtigt, denn jetzt musste man bei allen Repressionen gegen mich damit rechnen, dass sie ebenso publik würden, wie das Erscheinen der Studie selbst.



Bei jedem Wetter: Stasi-Observation von Sebastian Pflugbeil (OV „Reaktor“) und Michael Beleites (OV „Entomologe“).

So reagierte die Staatssicherheit zwar heftig, aber man hat gegen mich weder ein Ermittlungsverfahren noch ein Ordnungsstrafverfahren eingeleitet. Die Geraer Stasi-Bezirksverwaltung (2 350 hauptamtliche und 5 000 inoffizielle Mitarbeiter) reagierte mit „umfangreichen Offensivmaßnahmen“ – und schrieb am 5. Juli 1988: „Die Schrift ist (...) zur Auslösung von (...) unkontrollierbaren Reaktionen unter der Bevölkerung, insbesondere in den Abbaugebieten in der DDR, geeignet. Damit bildet sie ihrer Zweckbestimmung nach eine dauernde erhebliche Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit.“



Der technische Ablauf und die Quellen der radioaktiven Umweltbelastung beim Uranbergbau



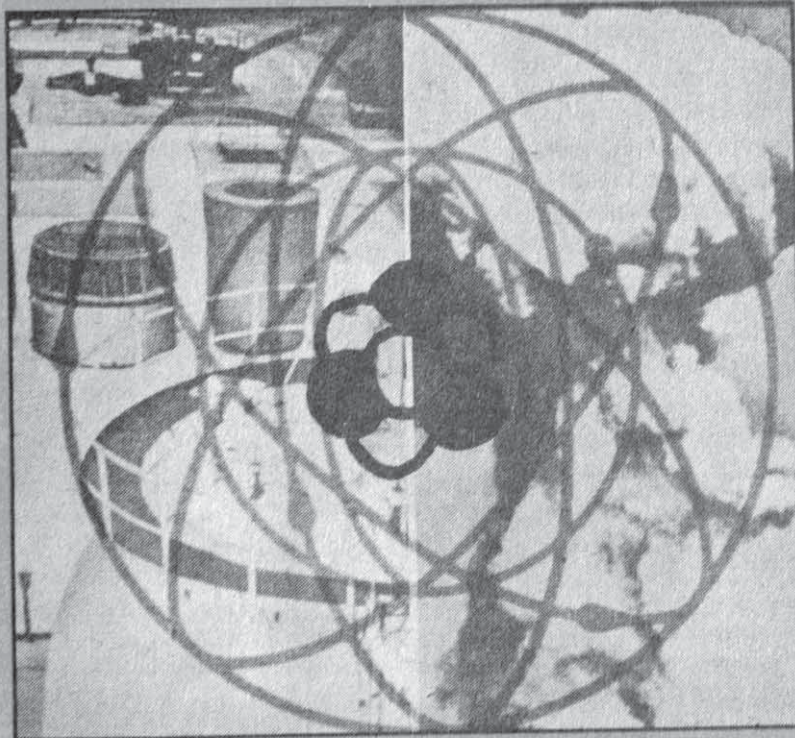
Das Geschehen einordnen können: Die Kenntnis der technischen Abläufe lenkte den Blick auf die radioaktiven Schlammdeponien der Aufbereitungsbetriebe. Oben: Skizze aus der Studie „Pechblende“; unten: Einleitung der Uranaufbereitungs-Rückstände des Aufbereitungsbetriebes Crossen in die Deponie „Helmsdorf“ bei Zwickau.

impuls

Schülerzeitschrift
für Physik, Chemie
und Biologie

68

INDEX 322004 · ISSN 0232-9220 · 23. JAHRGANG · PREIS: 0,60 M



Das Element Uran:
Geschichte und Gegenwart

3/89

Von der Zensur verschlafen: Nur 2.000 der 3.000 gedruckten Exemplare konnte die Stasi vor ihrer Auslieferung noch einziehen. Das Heft 3/1989 der Jenenser FDJ-Zeitschrift „Impuls 68“ hatte das Uran zur Titelgeschichte gemacht.

Die „umfangreichen Offensivmaßnahmen“ der Staatssicherheit waren zwar immer darauf bedacht, möglichst geräuscharm einzugreifen, aber sie waren in der Tat ausgesprochen umfangreich: Es wurden von zahlreichen staatlichen „Experten“ Gegengutachten angefordert, andere wurden beauftragt, Empörung- und Drohbriefe an die Herausgeber und an mich zu schreiben; ich wurde mehrfach zu „Disziplinierungsgesprächen“ bestellt, wo mir mit indirekten und direkten Drohungen jede weitere Auseinandersetzung mit dem Thema, besonders das Halten von Vorträgen und weitere Publikationen „verboten“ wurden. Obwohl ich mich an solche Verbote nicht hielt, gab es keine über solche „Disziplinierungsgespräche“ hinausgehende Maßregelung. In der Zeit von Dezember 1988 bis April 1989, als ich als Otto-Kleinschmidt-Stipendiat des Kirchlichen Forschungsheims den Status eines kirchlichen Mitarbeiters hatte, liefen solche „Gespräche“ auffällig freundlicher ab, als davor und danach.

Vorträge zum Uranbergbau-Thema hatte ich bei kirchlichen Veranstaltungen in Gera (in katholischen und evangelischen Gemeinden), in Altenburg und in Berlin gehalten. Anfang 1989 fragte mich Karsten König, ein Redaktionsmitglied der von der Friedrich-Schiller-Universität in Jena herausgegebenen Schülerzeitschrift für Physik, Chemie und Biologie „Impuls 68“, ob ich dort über die Uranbergbauproblematik einen Artikel schreiben würde. Ich hielt das zunächst für unmöglich, dachte aber, man könnte es ja versuchen. Eine harmlos klingende Überschrift, eine gewisse Naivität der Redaktionsleitung und ein routinemäßig unproblematisches Erteilen der staatlichen Druckgenehmigung machte das Unmögliche möglich: Zu derselben Zeit, als die Staatssicherheit gerade alles daran setzte, die kirchliche Herausgabe einer überarbeiteten Zweitaufgabe der „Pechblende“ zu verhindern, erschien ein kritischer Aufsatz von mir über die Folgen des Uranbergbaus – mit Fotos von Halden und Schlammdeponien – in einer offiziellen Zeitschrift mit staatlicher Lizenznummer. Das MfS bemerkte dies erst, als ein Drittel der Auflage (der DDR-weit vertriebenen Zeitschrift) bereits ausgeliefert war. Im folgenden Zwischenbericht zum OV „Entomologe“ hieß es: *„Durch operativ abgestimmtes Vorgehen konnten 2000 Exemplare der Schülerzeitschrift vor der Auslieferung storniert werden. Die Gesamtauflage beträgt ca. 3000 Exemplare.“*

Bei einem Vortrag auf einer Ärztetagung der Evangelischen Akademie in Ost-Berlin am 3. Juni 1989 hatte ich mit einem von Peter Diehl von der Bürgerinitiative gegen Uranabbau im Südschwarzwald erhaltenen Geiger-Zähler die Radioaktivität von Gesteinsproben aus einer Wismut-Halde demonstriert. Weil laut der Verordnung über die Gewährleistung von Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR vom 4. 10. 1984 (Gbl der DDR, Teil I, Nr. 30 vom 21. 11. 1984) die eigenständige Durchführung von Messungen verboten war, regte die Geraer MfS-Kreisdienststelle an, ein Ordnungsstrafverfahren gegen mich einzuleiten. Auch dieser Vorschlag fand keine Bestätigung bei den übergeordneten MfS-Instanzen. Vor allem aber kam es wegen der anderweitigen Beanspruchung der Staatssicherheit im Herbst 1989 nicht mehr zu einer Verwirklichung solcher „zentraler Maßnahmen“.

Wie ist nun das Wismut-Thema heute zu sehen? Welche Rolle kann bzw. soll die Wismut in einer spezifisch ostdeutschen Erinnerungskultur spielen? Muss es eine in der Landschaft sichtbare Erinnerung an die Wismut geben, die diese Region jahrzehntelang geprägt hat? Wie könnte diese aussehen? Mit welchen Inhalten sollte eine Erinnerung verknüpft sein? Sind diese Inhalte aus der Innenperspektive der betroffenen Region zu finden, wo fast jeder in irgendeiner Weise Begünstigter oder Geschädigter der Wismut war? Ist eine Verortung der Wismut im historischen und globalen Kontext überhaupt schon möglich?

Südwestlich von Ronneburg, dort, wo sich einmal der Ort Schmirchau befand, entstand in den 50er und 60er Jahren ein 240 Meter tiefer Uran-Tagebau. Dort, wo die Dörfer Lichtenberg und Gessen waren, hat man riesige Halden aufgeschüttet. Mit der Sanierung wurden die Halden nun wieder in den Tagebau eingelagert. Und dann wurden auch die weithin sichtbaren Wahrzeichen der Wismut, die über hundert Meter hohen Reuster und Paitzdorfer Kegelhalden, eingeebnet und auf den verfüllten Tagebau aufgeschüttet. Dort, wo zwischenzeitlich das tiefe Loch klaffte, entstand ein sanfter Berg. Auf dessen höchster Stelle sollte eine Art Denkmal entstehen. Doch was für ein Denkmal? Da gab es die verschiedensten Initiativen und Konzepte, die auch im Zusammenhang mit der BUGA 2007 diskutiert wurden.

Heute steht dort oben eine weithin sichtbare Nachbildung einer Grubenlampe. Diese symbolisiert nur einen Teil der damals diskutierten Motive. Es gab nämlich völlig verschiedene und zum Teil konträre Perspektiven auf die Wismut-Geschichte: Die Wismut-Traditionspfleger wollten die Leistungen der Bergarbeiter würdigen und der Wismut ein Monument setzen. Das Unternehmen Wismut möchte den Blick auf die ingenieurtechnischen Leistungen der Sanierungsfirma fokussieren. Und der 1988 begründete Kirchliche Umweltkreis in Ronneburg wollte eine Gedenkstätte für die Folgen des Uranbergbaus mit Kapelle und Glockenturm. Hier sollte an die zerstörten Orte ebenso erinnert werden, wie an die toten Bergleute und das Leid ihrer Familien. Auch vor einer Nutzung der Atomenergie sollte gewarnt werden, die nun mal beim Uranbergbau beginne.

Was aber völlig fehlte, war ein Konzept, das den Uranbergbau der Wismut in den Kontext der weltweiten Urangewinnung und seiner Folgen stellte, so wie das z. B. 1992 beim *World Uranium Hearing* in Salzburg geschehen ist.² In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob im früheren Wismut-Gebiet auch die entfernteren Wismut-Folgen in die Erinnerung integriert werden sollen. 1992 hatte ich vorgeschlagen, in die Überlegungen für ein Denkzeichen zur Wismut-Geschichte auch die Orte mit in den Blick zu nehmen, wo das Wismut-Uran ferne Landstriche und Menschen verstrahlt hat, wie in den Atomtestgebieten um Nowaja Semlja und Semipalatinsk und den Regionen der sowjetischen Nuklearkatastrophen von Kischtym und Tschernobyl. Auch die konkrete ostdeutsche Beteiligung am atomaren Wettrüsten könnte hier benannt werden.

² Vgl. The World Uranium Hearing e.V.: *Poison Fire Sacred Earth – Testimonies Lectures Conclusions*. Documentation of the World Uranium Hearing in Salzburg from September 13 to 18, 1992. München 1993.

Doch lässt sich die ethische Perspektive überhaupt mit der Betroffenenperspektive der Bergleute und Anwohner einerseits und der Unternehmensperspektive der Wismut andererseits verknüpfen?

Eines ist jedenfalls sicher: Ein Erinnerungsort oder Denkmal zur Wismut-Geschichte wird nur dann angenommen werden, wenn es die Innenperspektive der Bergleute und Anwohner mit der Außenperspektive von Gästen aus dem In- und Ausland zu integrieren vermag. Solange vor Ort Indoktrinationen aus der Vergangenheit und die Abwehr von ethischen Fragen noch das Klima prägen, wird das schwierig sein. Vielleicht könnte eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Wismut-Thema hier neue Wege aufzeigen?